

Ausgewählte Ergebnisse der Wahlkampfstudie 2017

1. Schulz-Effekt?

2. Annäherung an Trump/Putin

3. Beobachtung islamischer Gemeinschaften

4. Kanzlerpräferenz

5. Adoptionsrechte

6. Wahlkampfeffekte

7. Wählermobilität

8. Endgültige Wahlentscheidung

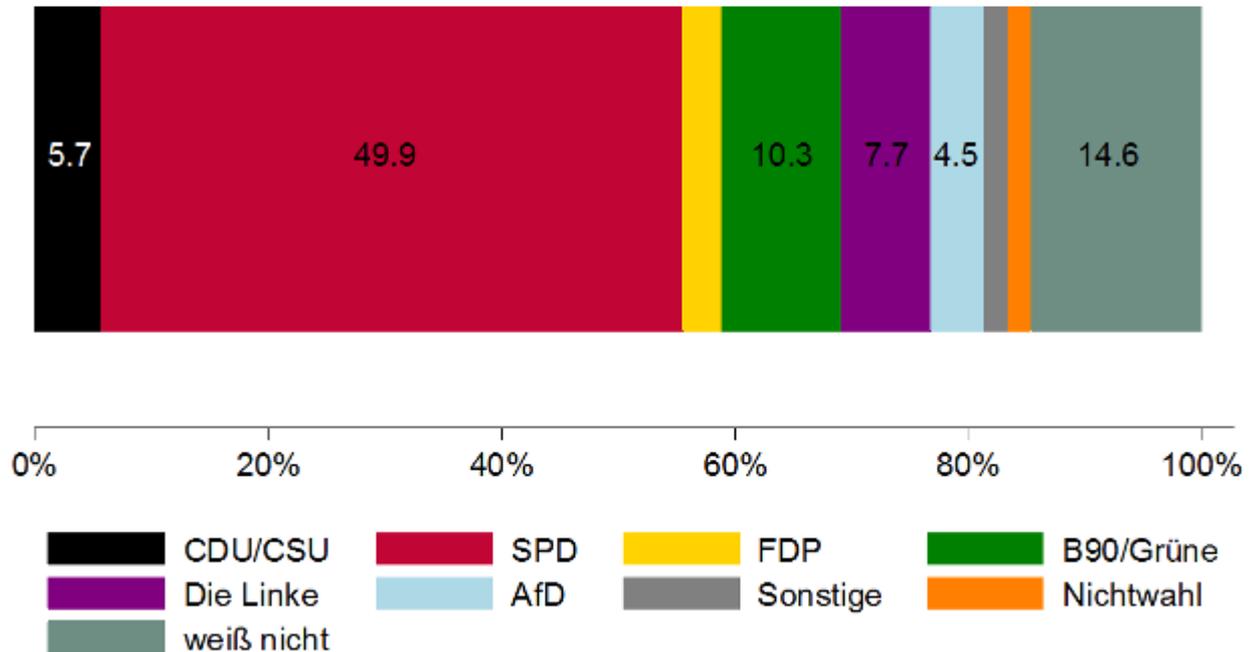
1. Schulz-Effekt?

Die Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2017 sorgte bei der SPD für Aufbruchsstimmung. Auch die Umfragewerte der SPD sind seit der Bekanntschaft seiner Kanzlerkandidatur im Januar 2017 stark gestiegen, sodass Martin Schulz in der öffentlichen Wahrnehmung als ein ernstzunehmender Gegenkandidat zu Angela Merkel gehandelt wird.

Auch in der GLES-Studie können wir diesen Trend beobachten. Im Oktober 2016, bevor die Kandidatur von Martin Schulz bekannt wurde, und im Februar 2017, kurz nachdem die Kandidatur von Martin Schulz bekannt wurde, haben wir unsere Befragten gefragt, für welche Partei Sie bei der Bundestagswahl 2017 abstimmen wollen. Während im Oktober 2016 nur 15 Prozent der Befragten die SPD wählen wollten, gaben im Februar 2017 22 Prozent an, ihr Kreuz bei der SPD machen zu wollen. Die übrigen Befragten gaben an, eine andere Partei wählen zu wollen, noch nicht zu wissen, wie sie abstimmen sollen, oder sich nicht an der Wahl beteiligen zu wollen.

Bei welchen Personen hat die SPD an Zuspruch gewonnen? Anders als in gewöhnlichen Meinungsumfragen werden in der GLES-Studie dieselben Personen mehrmals befragt, deswegen können wir uns anschauen, was die Personen, die im Februar 2017 die SPD wählen möchten, noch 5 Monate vorher wählen wollten.

Befragte, die im Februar 2017 für die SPD gestimmt hätten,
wollten in Oktober 2016 ... wählen.

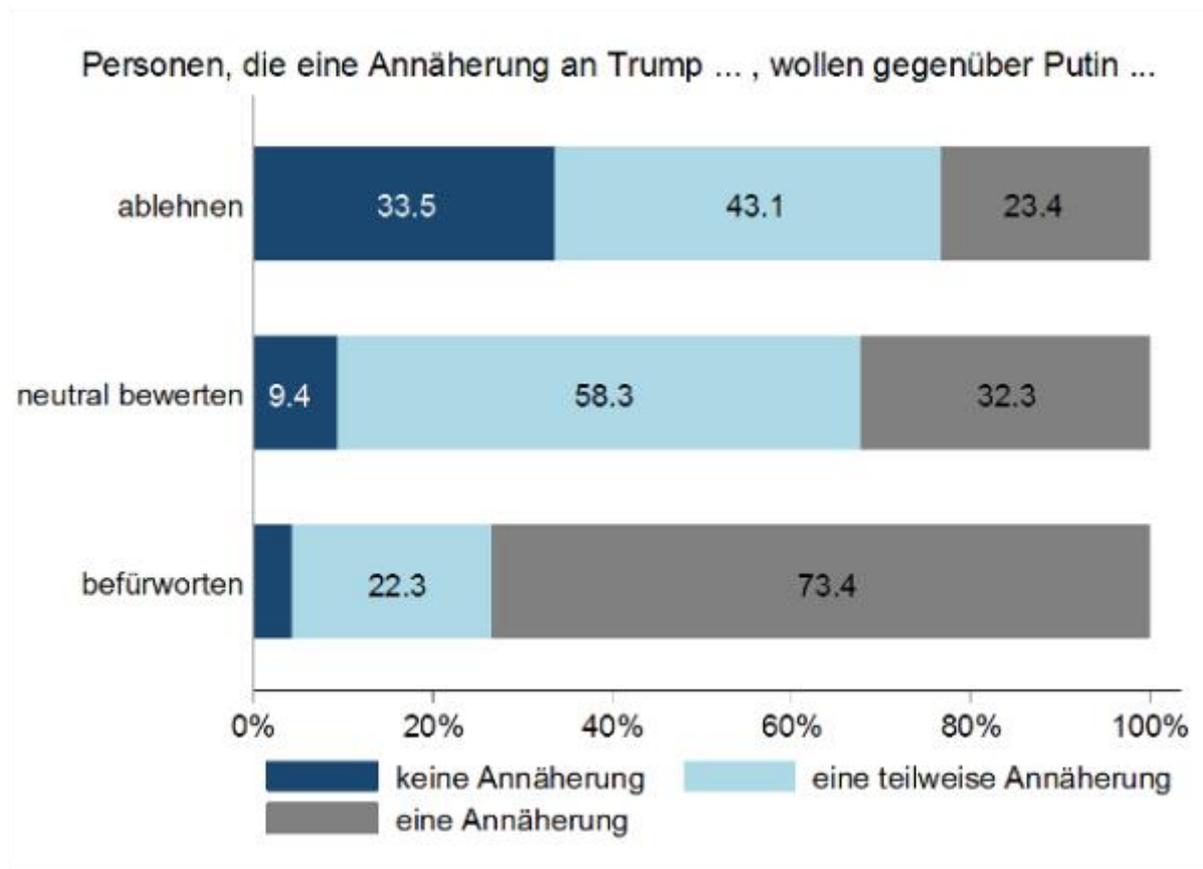


In der obigen Abbildung sind dazu die im Oktober 2016 geäußerten Wahlabsichten derjenigen Befragten abgebildet, die im Februar 2017 angaben, dass sie die SPD wählen werden. Etwa die Hälfte der SPD-Wähler im Februar 2017 gaben auch schon im Herbst an, für die SPD stimmen zu wollen. Etwa ein Fünftel der Befragten mit einer SPD-Wahlabsicht im Februar sind von der Linken (7,7 Prozent) und den Grünen (10,3 Prozent) hinzugekommen.

Ein weiterer großer Zuwachs stammt aus dem Lager der unentschlossenen Wähler: Ungefähr 15 Prozent der SPD-Wähler im Februar 2017 wussten im Oktober 2016 noch nicht, was sie wählen sollten. Selbst aus dem Lager der Befragten, die im Herbst noch die AfD wählen wollten, gaben 4,5 Prozent an, bei der nächsten Bundestagswahl für die SPD stimmen zu wollen. Dagegen haben nur sehr wenige Personen, die vorher die CDU/CSU (5,7 Prozent) oder FDP (3,3 Prozent) wählen wollten, im Februar eine Wahlabsicht zugunsten der SPD geäußert.

2. Annäherung an Trump/Putin

In der Außenpolitik der Bundesrepublik stellt sich immer wieder die Frage, mit welchen Staaten man ein gutes Verhältnis pflegen sollte. In den letzten Jahren war das Verhältnis zwischen Russland und den USA angespannt, wobei beide weiterhin einflussreich in der Weltpolitik agieren. Doch wem der beiden Staatschefs soll sich die Bundesregierung annähern? Hierzu haben wir gefragt, ob sich die Bundesrepublik um ein gutes Verhältnis zu Wladimir Putin bzw. Donald Trump bemühen sollen.



Aus der obigen Abbildung wird ersichtlich, dass gut 73 Prozent der Befragten, die eine Annäherung an Donald Trump befürworten, auch eine Annäherung an Wladimir Putin gutheißen. Der Anteil der Befürworter einer Annäherung an Trump, die keine Annäherung zu Putin wollen, ist mit ungefähr 4 Prozent sehr gering.

Etwas anders stellt sich die Situation bei den Befragten dar, die eine Annäherung an Trump ablehnen. Bei dieser Gruppe lehnen nur knapp 34 Prozent der Befragten auch eine Annäherung an Putin ab, 43 Prozent stehen ihr neutral gegenüber und 23 Prozent halten eine Annäherung an Wladimir Putin für wünschenswert. Während also Befragte, die eine Annäherung an Donald Trump befürworten, diese tendenziell auch in Bezug auf Wladimir Putin wünschen, gilt dies umgekehrt nicht.

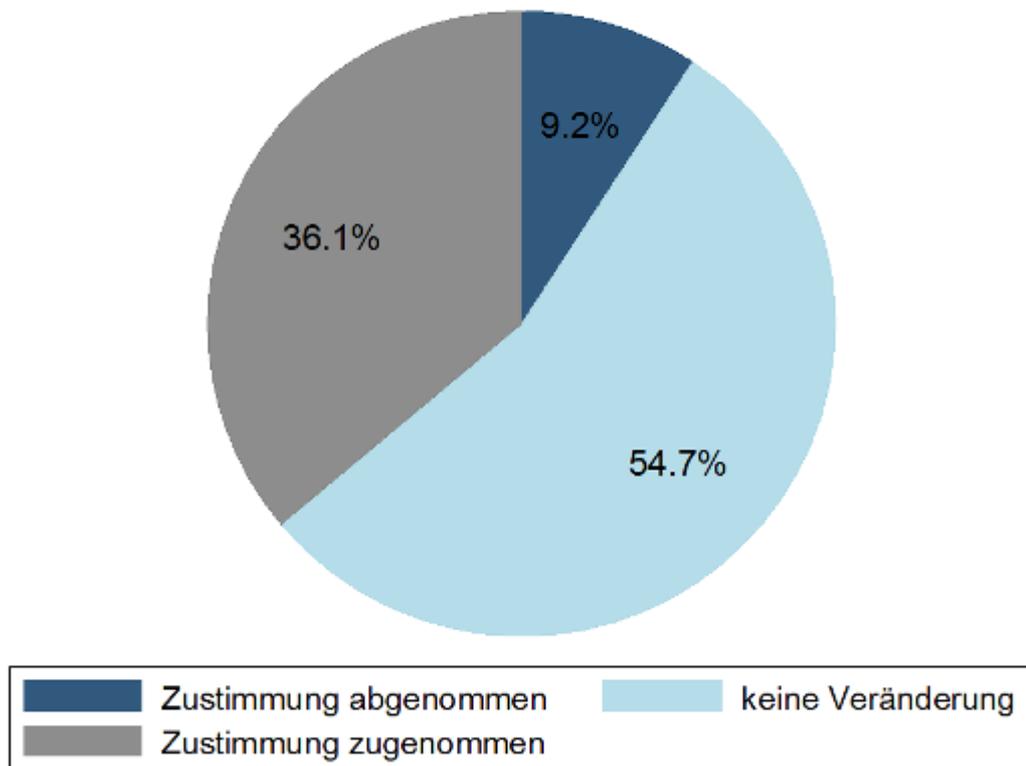
3. Beobachtung islamischer Gemeinschaften

Nach dem Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016 wurden vermehrt Stimmen laut, islamische Gemeinschaften stärker vom deutschen Staat beobachten zu lassen. Um einen Trend in dieser Frage zu erkennen, haben wir die Meinung der Befragten zu diesem Thema vor und nach dem Anschlag in Berlin verglichen.

Die folgende Abbildung zeigt die Veränderung in der Zustimmung zwischen Oktober 2016 und Februar 2017 zur Aussage „Islamische Gemeinschaften sollten vom Staat beobachtet werden“. Bei knapp 55 Prozent und damit mehr als der Hälfte der Befragten hat sich die Meinung zur Überwachung islamischer Gemeinschaften in diesem Zeitraum trotz des

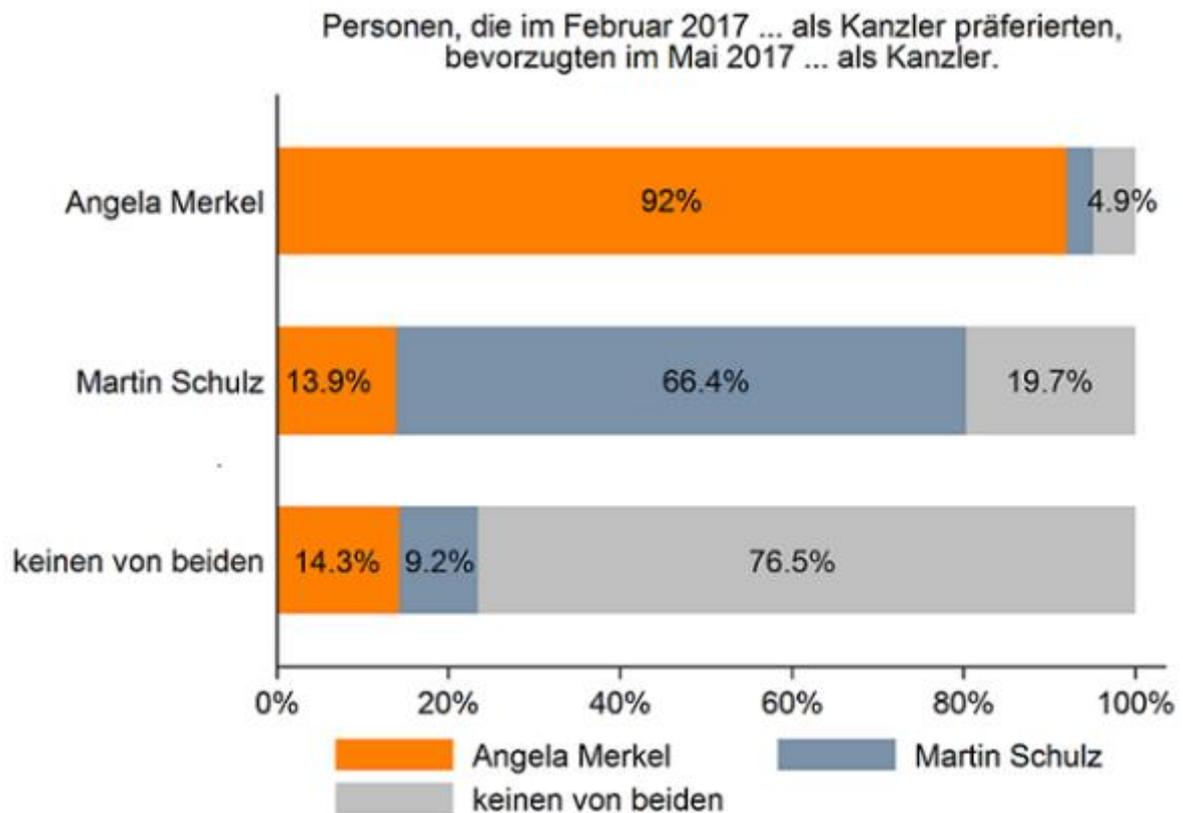
Anschlags nicht verändert. Nur 36 Prozent sprachen sich im Februar 2017 stärker für eine Überwachung islamischer Gemeinschaften aus als noch im Oktober 2016.

Staatliche Beobachtung islamischer Gemeinschaften



4. Kanzlerpräferenz

In den ersten Wochen nach seiner Nominierung als SPD-Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2017 erreichte Martin Schulz sehr gute Umfrageergebnisse. Kandidatenbewertungen können sich jedoch während eines Wahlkampfes durch bestimmte Aussagen oder Ereignisse wie beispielsweise Landtagswahlen verändern. Daher haben wir die Teilnehmer der GLES-Studie sowohl im Februar als auch im Mai 2017 gefragt, ob sie eher Angela Merkel oder Martin Schulz als Kanzlerin bzw. Kanzler vorziehen würden.



In der obigen Abbildung kann auf der linken Seite abgelesen werden, welcher Kandidat im Februar bevorzugt wurde, und die dazugehörigen Balken geben jeweils an, wen diese Personen im Mai als Kanzler präferierten. Von den Wählern, die im Februar lieber Angela Merkel als Martin Schulz als Kanzler haben wollten, haben nur 8 Prozent ihre Meinung geändert.

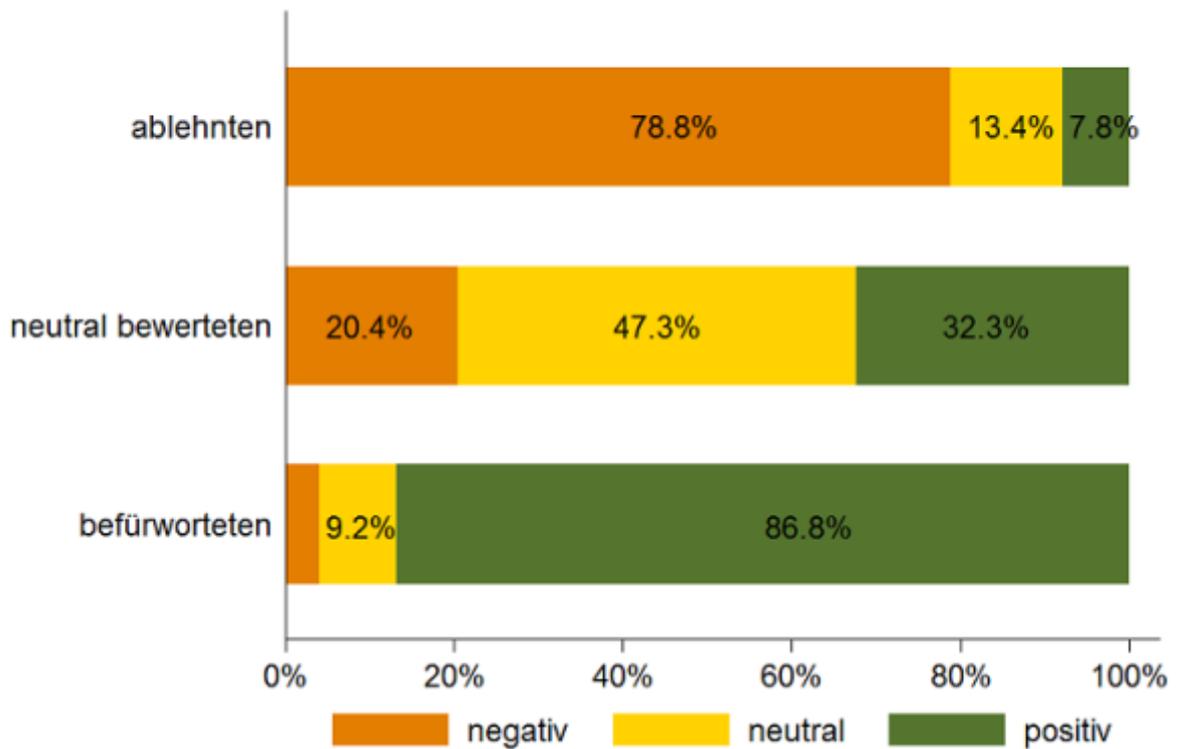
Dagegen blieb bei jenen, die noch im Februar Martin Schulz präferiert hatten, die Meinung weniger stabil: Jeder fünfte von ihnen gab im Mai an, keinen von beiden vorzuziehen, und knapp 14 Prozent der ehemaligen Schulz-Befürwortern präferierten nun Angela Merkel als Kanzlerin. Auch bei jenen, die im Februar keinen von beiden als Kanzler haben wollten, lässt sich eher eine Verschiebung der Präferenz hin zu Angela Merkel erkennen.

5. Adoptionsrechte

Das Thema der Kinderadoption durch homosexuelle Paare ist in den letzten Wochen, vor allem auch durch die diskutierte und vom Bundestag verabschiedete „Ehe für alle“ verstärkt in den politischen und gesellschaftlichen Fokus gerückt. Mit dem parlamentarischen Beschluss werden homosexuelle Paare künftig heterosexuellen Paaren gleichgestellt. Damit können nun auch homosexuelle Paare Kinder adoptieren.

Aus diesem Anlass haben wir die Teilnehmer der GLES-Studie sowohl im Mai als auch im Juli 2017 gefragt, wie sie einer Kinderadoption durch gleichgeschlechtliche Paare bewerten.

Befragte, die im Mai 2017 eine Kinderadoption durch gleichgeschlechtliche Paare ..., standen dieser im Juli 2017 ... gegenüber.



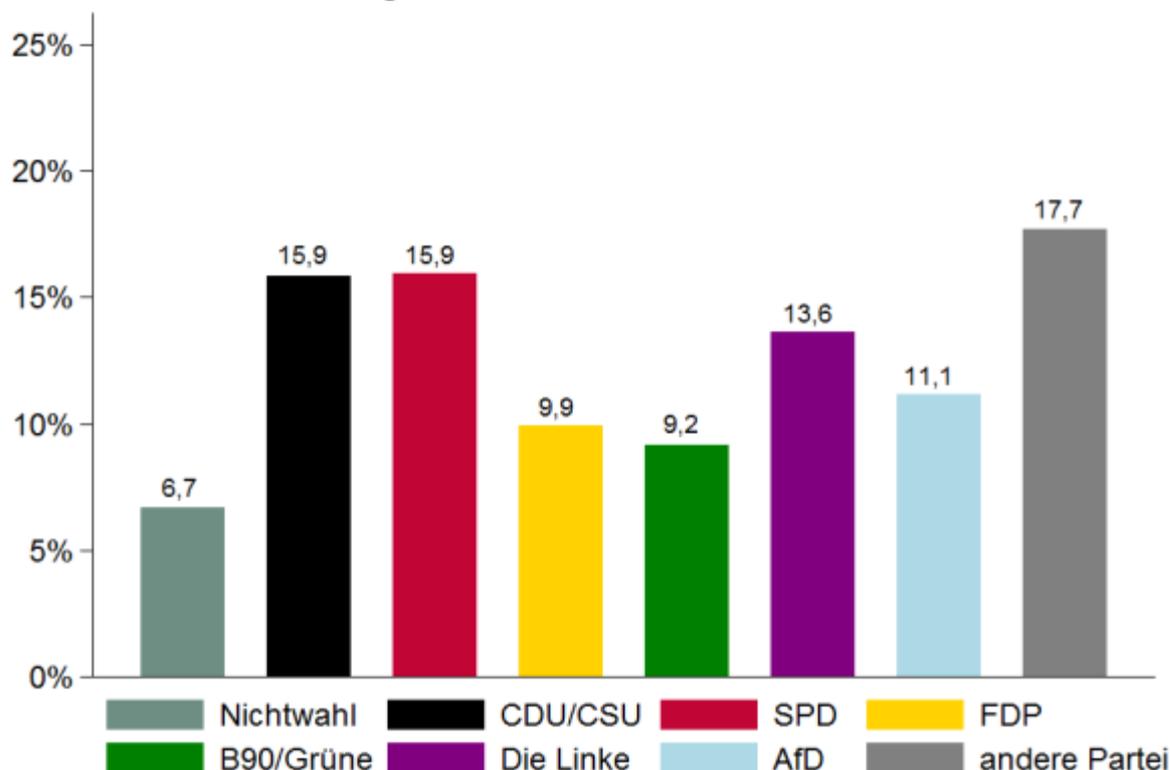
Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Meinung der Befragten relativ konstant geblieben ist. So lehnten im Juli knapp 79 Prozent der Befragten, die bereits im Mai die Kinderadoption gleichgeschlechtlicher Paare abgelehnt hatten, diese erneut ab. Von den Teilnehmern, die einer solchen Kinderadoption im Mai positiv gegenüberstanden, befürworteten auch im Juli knapp 87 Prozent die Adoption durch homosexuelle Paare.

Schaut man sich die Befragten an, die dem Thema im Mai neutral gegenüberstanden, so fällt auf, dass gut ein Viertel dieser Befragten eine Kinderadoption gleichgeschlechtlicher Paare im Juli ablehnten und ein knappes Drittel der Befragten der Adoption nun positiv gegenüberstanden.

6. Wahlkampfeffekte

Anfang Juli 2017 wusste noch knapp jeder fünfte unserer Befragten nicht, welcher Partei er bei der Bundestagswahl 2017 seine Stimme geben sollte. Daher stellt sich die Frage, welche Parteien diese Wähler am erfolgreichsten während des Wahlkampfes von sich überzeugen konnten.

Wahlentscheidung der im Juli 2017 noch unentschlossenen Wähler



Wie aus der Abbildung hervorgeht, entschied sich die Mehrheit der im Juli noch unentschlossenen Befragten in der Bundestagswahl 2017 für eine der kleineren Parteien. Die SPD und die CDU/CSU konnten jeweils nur knapp 16 Prozent der Befragten von sich überzeugen. Bei der Bundestagswahl lagen die Linkspartei mit knapp 14 Prozent und die Alternative für Deutschland mit knapp elf Prozent nur knapp dahinter. Die FDP und Bündnis 90/Die Grünen konnten mit zehn bzw. neun Prozent fast ähnlich viele Unentschiedene von sich überzeugen.

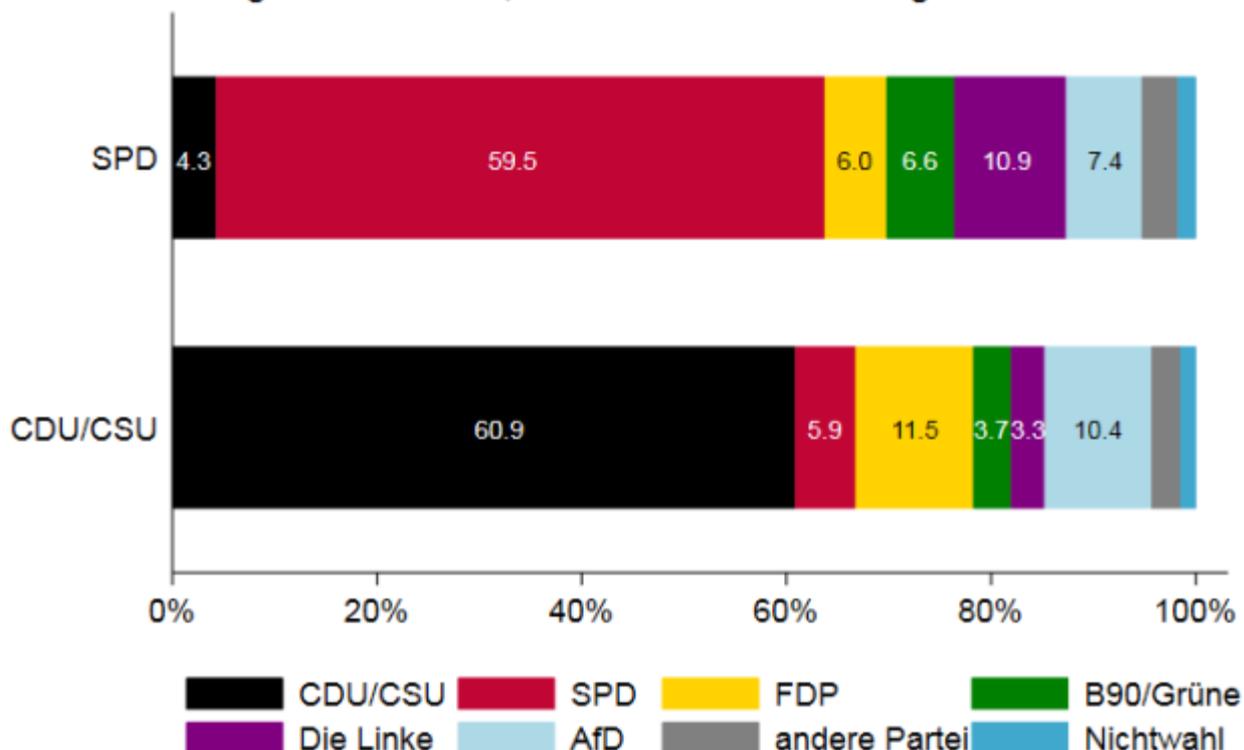
Der größte Anteil der noch im Juli unentschlossenen Wähler entschied sich jedoch für eine der kleinen Parteien, die aufgrund zu geringer Stimmenanteile nicht in den Bundestag einziehen konnten (zusammen 17,7 Prozent). Etwa sieben Prozent der unentschlossenen Befragten hat sich nicht an der Bundestagswahl beteiligt.

7. Wählermobilität

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 hatten die CDU/CSU und die SPD in der Bundestagswahl 2017 die größten Stimmenverluste zu verzeichnen. Doch welche Parteien konnten am meisten von den Stimmen der ehemaligen Wähler der beiden großen Parteien profitieren?

Um das Phänomen der Wechselwahl zu untersuchen, sind unsere regelmäßigen Befragungen an den gleichen Wählern von großem Nutzen. In der unteren Grafik ist abgezeichnet, für welche Parteien sich die Befragten der GLES-Studie entschieden haben, die 2013 noch für die CDU/CSU bzw. die SPD gestimmt hatten.

Befragte, die 2013 für die SPD oder CDU/CSU gestimmt hatten, wählten in der Bundestagswahl 2017 ...



Die Mehrheit der SPD (59,5 Prozent) und Unionswähler (60,9 Prozent) der Bundestagswahl 2013 gaben auch 2017 der jeweiligen Partei ihre Stimme. Die SPD verlor die meisten Stimmen an die Linke (10,9 Prozent), während vor allem die FDP (11,5 Prozent) von der Wählerwanderung der ehemaligen Unionswähler profitierte.

Die zweitmeisten Stimmen verloren beide Parteien an die AfD (Union: 10,4 Prozent; SPD: 7,4 Prozent). Die Grünen konnten fast sieben Prozent und die FDP sechs Prozent der SPD-Wähler innerhalb der letzten Legislaturperiode von sich überzeugen, während nur etwa vier Prozent der ehemaligen SPD-Wähler 2017 für die Union stimmten.

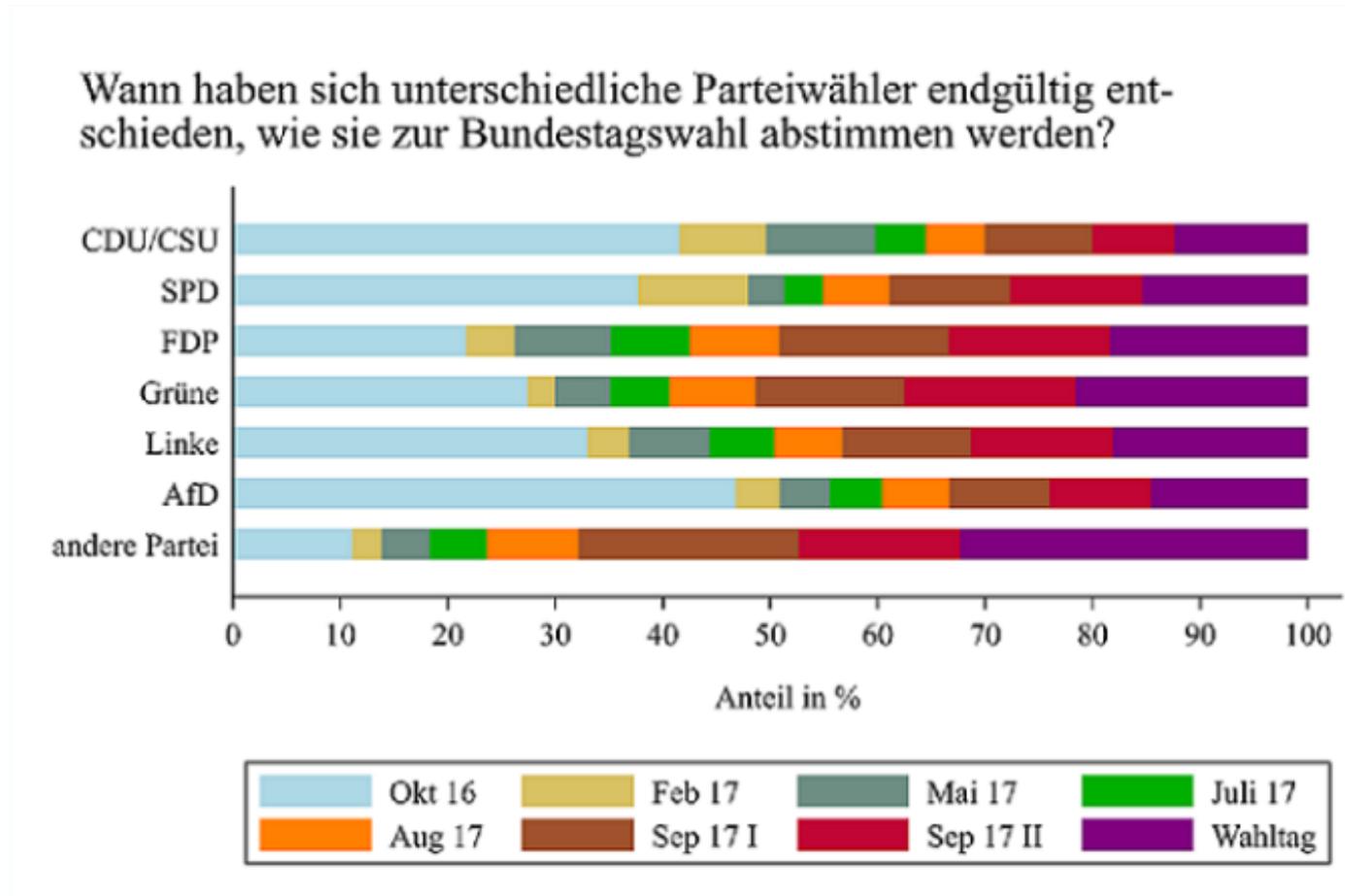
Von Seiten der ehemaligen Unionswähler wanderten etwa sechs Prozent zur SPD ab und insgesamt zehn Prozent der Stimmen wurden an die Grünen (3,7 Prozent), die Linke (3,3 Prozent) und andere kleine Parteien (2,8 Prozent) vergeben. Nur ein sehr kleiner Anteil der ehemaligen Wähler der CDU/CSU und SPD entschied sich für die Nichtwahl (1,5 bzw. 1,75 Prozent).

8. Endgültige Wahlentscheidung

Wählerinnen und Wähler unterscheiden sich nicht nur darin, für welche Partei sie stimmen, sondern auch darin, wann sie sich endgültig auf diese Partei festlegen. Stand bei einigen Befragten die Wahlentscheidung bereits frühzeitig fest, so kristallisierte sich diese bei anderen erst später, manchmal sogar erst kurz vor der Bundestagswahl heraus. Durch unsere Panelmethode mit regelmäßig durchgeführten Umfragen ist es uns möglich, den Zeitpunkt der

endgültigen Wahlentscheidung zu messen, da ab diesem Zeitpunkt der Befragte seine Parteientscheidung bis zur Bundestagswahl nicht mehr geändert hat.

Welche Partei haben die Befragten der GLES-Studie gewählt und ab welchem Zeitpunkt stand diese Wahlentscheidung fest?



In der obigen Abbildung sind dazu auf der linken Seite die Parteien abgetragen und in den farbigen Balken der prozentuale Anteil der Parteiwähler, die ihre Wahlentscheidung ab dem entsprechenden Zeitpunkt bis zur Bundestagswahl beibehalten haben. So ist zu erkennen, dass sich bei den sechs großen Parteien zwischen 22 und 47 Prozent der jeweiligen Wähler bereits im Oktober 2016 für die entsprechende Partei entschieden haben. Im Februar, Mai, Juli und August 2017 trifft dann bei jeder Partei jeweils nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Wähler seine endgültige Wahlentscheidung. Dieser Anteil ist kurz vor der Wahl (September 2017) wieder erkennbar größer, sodass beispielsweise bei Grünen und FDP ungefähr 50 Prozent der Befragten ihre Entscheidung erst kurz vor der Wahl getroffen haben. Dieser Trend zur späten Wahlentscheidung lässt sich mit einem Anteil von knapp 70 Prozent auch bei den Anhängern anderer kleiner Parteien erkennen.